

Solche Bilder sollen sich nicht wiederholen, finden Politiker aus Grenzregionen: Zwei Frauen treffen sich am schweizerisch-deutschen Grenzzaun Kreuzlingen-Konstanz im Frühjahr 2020. BILD KEY

regelt hat. Demnach muss der Bundesrat Massnahmen ergreifen, um die Reisefreiheit der Grenzgängerinnen und Grenzgänger, aber auch der «Einwohnerinnen und Einwohner, die eine besondere Bindung zum Grenzgebiet haben», bestmöglich zu gewährleisten. «Daran will ich auch die Parteipräsidenten erinnern», sagt Arslan.

Während die Forderungen hinsichtlich der Grenzgänger in den Kantonen nicht nachvollziehbar sind, werden andere Vorschläge hingegen begrüsst.

So ist etwa GLP-Nationalrat Thomas Brunner dafür, das Einreiseregime dort zu überprüfen, wo es um «vermeidbare Mobilität» geht. «Dass man im internationalen Fernverkehr gerade auf Flughäfen sehr achtsam sein und schnell handeln muss, unterstütze ich. Diese Notwendigkeit bestätigen uns die jüngsten Erfahrungen mit eingeschleppten Virusmutationen.» Ein Punkt, in dem grundsätzlich auch Grünen-Nationalrätin Ryser mit den Parteipräsidenten einiggeht.

Gerhard Pfister reagiert brüsk

Grünen-Präsident Balthasar Glättli, der den Brief mitunterzeichnet hat, sagt selbstkritisch: «Wir hätten die Grünen aus Grenzregionen vertieft konsultieren müssen.» Hinter seiner Unterschrift steht er allerdings. Der Brief enthalte schliesslich auch die Forderung nach einer Ausweitung des Testens in der Schweiz. Dies ist Glättli besonders wichtig. Parlamentarierinnen und Parlamentarier aus den betroffenen Grenzkantonen wollen nun die Parteipräsidenten einladen. Doch ob diese der Einladung folgen werden?

Gerhard Pfister, der «Mitte»-Präsident, reagierte brüsk auf die Kritik, die ihm indirekt unterstellte, als Zentralschweizer zu wenig vom internationaleren Flair der Grenzregion zu verstehen: «Provinzialismus ist keine Frage der Geografie, sondern eine des Hirns. Lesen hilft auch dabei», kanzelte er seine Kritiker auf Twitter ab. Immerhin: Die Grenzen des guten Geschmacks sind noch ziemlich durchlässig.

«Wir hätten die Grünen aus Grenzregionen vertieft konsultieren müssen.»

Balthasar Glättli
Präsident der Grünen

Würden Grenzgänger diskriminiert?

Ein Staatsrechtsprofessor hält eine Testpflicht für problematisch.

Kari Kälin und Benjamin Weinmann

Sie wollen den Virenimport verhindern: Die Präsidenten der sechs grössten Schweizer Parteien verlangen vom Bundesrat, einen Fünf-Punkte-Plan mit einem umfassenden Grenz- und Testsystem zu installieren (SN von gestern). Betroffen wären auch Grenzgänger. GLP-Präsident Jürg Grossen erklärte gegenüber der «Sonntags-Zeitung», dass Firmen ihre Angestellten aus dem grenznahen Ausland alle drei Tage testen müssten. Auch Geschäftsreisende mit Kurzaufenthalt und Tagestouristen sollen regelmässig dokumentieren, dass sie virenfrei sind. Auch Hotels würden in die Strategie eingespannt.

In die Schweiz pendeln rund 340 000 Grenzgänger, in Zeiten von Homeoffice sind es weniger. Darf man sie einem Sonderregime unterstellen, das für Angestellte mit Wohnsitz in der Schweiz nicht gilt? Oder verstösst das gegen das Diskriminierungsverbot? Ausländer seien auf dem Arbeitsmarkt verschiedenen Einschränkungen unterworfen, sagt Felix Uhlmann. Eine regelmässige Testpflicht nur für Grenzgänger hält der Staatsrechtsprofessor der Universität Zürich für problematisch, wenn Ausländer aus einem Gebiet mit niedrigeren Fallzahlen kommen – was derzeit mit Ausnahme von Frankreich auf alle Nachbarländer zutrifft. Weshalb eine Personengruppe mit niedrigerem Infektionsrisiko vermehrt getestet werden soll, erschliesse sich nicht. Falls die

Fallzahlen im angrenzenden Ausland jedoch signifikant höher wären als in der Schweiz, taxiert Uhlmann Tests für Grenzgänger als zulässig.

Zahlreiche Länder verlangen bereits jetzt einen Nachweis, dass Einreisende nicht mit dem Coronavirus infiziert sind. Die Parteipräsidenten nehmen den Ball auf: Je nach epidemiologischem Risiko im Herkunftsland sollen Einreisende einen negativen PCR-Test vorweisen – sei es bei der Ankunft am Flughafen oder auf dem Landweg. Könnten die Grenzwachter zusätzlichen Kontrollaufwand überhaupt bewältigen? «

Wenn sie vermehrt prüfen müssen, ob Einreisende einen negativen PCR-Test vorweisen können, braucht es die Unterstützung der Armee wie im Frühling», sagt Heidi Rebsamen, Zentralsekretärin von Garanto, der Gewerkschaft des Zollpersonals. Sonst sei der Mehraufwand kaum zu stemmen. GLP-Präsident Jürg Grossen denkt hingegen an stichprobenartige Kontrollen. Dafür müsse das Personal an der Grenze nicht aufgestockt werden.

Die Parteipräsidenten haben auch eine Quarantänepflicht von fünf Tagen, verbunden mit einem Test, in ihr Antiviren-Arsenal aufgenommen. Markus Flick, Mediensprecher des Reiseanbieters Kuoni, kritisiert, dass mit dieser Regelung auch jenen Personen hohe Einreisehürden auferlegt würden, die aus Gebieten einreisen, in denen die Situation mit der Schweiz vergleichbar oder sogar entspannter sei. Flick spricht von einem faktischen Berufsverbot für Reiseveranstalter, die Auslandsreisen anbieten. «Das Interesse daran käme praktisch zum Erliegen.»

Schaffhauser Parlamentarier kritisieren Parteispitzen

Bei den Schaffhauser Parlamentariern stossen die Vorschläge der Parteipräsidenten nur teilweise auf Verständnis. Thomas Hurter spricht etwa von einem Mischmasch.

Dario Muffler

SCHAFFHAUSEN. Die Parteipräsidenten demonstrierten am Wochenende Einigkeit, indem sie sich in einem Schreiben an den Bundesrat wandten (siehe Artikel oben). Darin forderten die Spitzen der sechs grössten Parteien, dass der Bundesrat die Einreise- und Quarantänebestimmungen anpasse – sprich verschärfe. Es brauche ein umfassendes Grenz- und Testsystem, heisst es im Brief.

Konkret wollen die Parteipräsidenten beispielsweise die Einreisebedingungen vom Herkunftsland abhängig machen. Je nach pandemischer Lage im Land bräuchte es dann einen negativen PCR-Test, um in die Schweiz kommen zu können.

Hurter anerkennt richtigen Ansatz

Dieses Vorgehen erachtet der Schaffhauser SVP-Nationalrat Thomas Hurter als sinnvoll. «Dabei handelt es sich um einen risikobasierten Ansatz», sagt Hurter. Dass negative Tests eine Reisefrei-

heit mit sich bringen, befürwortet der Linienspilot und Kenner der Flugbranche. «Mit Aerosuisse, dem Dachverband der schweizerischen Luftfahrt, habe ich Bundesrat Alain Berset diesen Vorschlag bereits im April gemacht.» Nur gehört worden sei er nicht, sagt Hurter, der den Verband präsidiert. Es ärgert ihn deshalb etwas, seine Forderungen aus dem Frühjahr nun wiederholen zu müssen: «Ein negativer Test oder der Nachweis einer Impfung soll eine Reisefreiheit ohne Quarantäne ermöglichen.» Dies hatte kürzlich beispielsweise der griechische Premierminister Kyriakos Mitsotakis gefordert. Für ein Impfblogatorium etwa ist Hurter aber nicht. Er sagt aber: «Die Gesundheit steht an oberster Stelle, muss aber auch finanziert werden können.»

Das im Brief der Parteispitzen vorgeschlagene Vorgehen versteht Hurter auch als ersten Schritt in Richtung einer Exit-Strategie. «Wir müssen einen Plan haben, wie wir wieder aus den aktuellen Massnahmen herauskommen, denn das nächste und übernächste Virus wird irgendwann kommen.»

Germann: «Unrealistisch»

Abgesehen von der risikobasierten Einreiseregulierung kann Hurter dem Brief nicht viel abgewinnen. «Es ist ein Mischmasch von Ideen und damit noch lange keine Strategie», bilanziert er.

Wie Hurter beurteilt auch sein Parteikollege und Schaffhauser Ständerat Hannes Germann das Vorpreschen der Parteipräsidenten kritisch. «Das Schreiben ist für die Galerie», sagt er. «Die Forderungen sind nicht wirklich durchdacht.» Ein umfassendes Testsystem aufzubauen, das zum Teil auch für Grenzgängerinnen und Grenzgänger gelten soll, sei schlicht unrealistisch, sagt der Ständerat. «Vielleicht würde der Kanton Schaffhausen den nötigen Aufwand noch bewältigen können, Basel-Stadt würde es schon nicht mehr schaffen.»

Hurter weist in diesem Punkt auf die Infrastruktur hin, die es für grosse Testkapazitäten brauchen würde. «Schon ein Flughafen hat vielleicht Mühe, sämtliche Passagiere zu testen, obwohl die Infrastruktur dafür teilweise vorhanden wäre. Das Ganze an einer Grenze aufzubauen, wäre noch weniger möglich», sagt er. Germann sagt dazu pointiert: «Es zeigt sich, dass weder Politiker in Bern noch in Zürich wissen, was an der Grenze genau abgeht.»

Munz positiv eingestellt

Während ihre bürgerlichen Parlamentskollegen die Parteipräsidenten und ihren Forderungen überwiegend kritisieren, streicht die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz das



«Wir müssen einen Plan haben, wie wir wieder aus den aktuellen Massnahmen herauskommen.»

Thomas Hurter
SVP-Nationalrat aus Schaffhausen

Positive heraus. «Es ist gut, dass sich die Parteien gemeinsam auf die wichtigen Linien fokussieren», sagt sie und verleiht die Situation mit dem Anfang der Pandemie. «Damals waren die Positionen der Parteien auch deckungsgleich, erst im Laufe der Zeit drifteten sie auseinander.»

Sie befürwortet, dass klare Regeln herrschen, wenn es um die Einreise aus dem Ausland geht. «So kann man beispielsweise mit gutem Gewissen einen Verwandten im Ausland besuchen, der vielleicht Pflege braucht.»

Fragen zum Kontrollaufwand

Kritik gibt es auch am vorgeschlagenen Quarantäne-Konzept, wenn kein konkreter Verdacht auf eine Ansteckung besteht. Dieses sieht eine «Quarantäne light» vor, während der es erlaubt sein soll, beispielsweise draussen alleine Sport zu treiben. «Das kann man weder genau feststellen noch kontrollieren», sagt Hurter dazu.

Munz schätzt diese Situation anders ein: «Hier kommt weitgehend die Eigenverantwortung zum Tragen.» Auch aktuell werde die Quarantäne von Kontaktpersonen nur stichprobenartig kontrolliert. «Diese Personen tragen schliesslich keine Fussfessel.»

Der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder (parteilos) war gestern für eine Stellungnahme nicht zu erreichen.